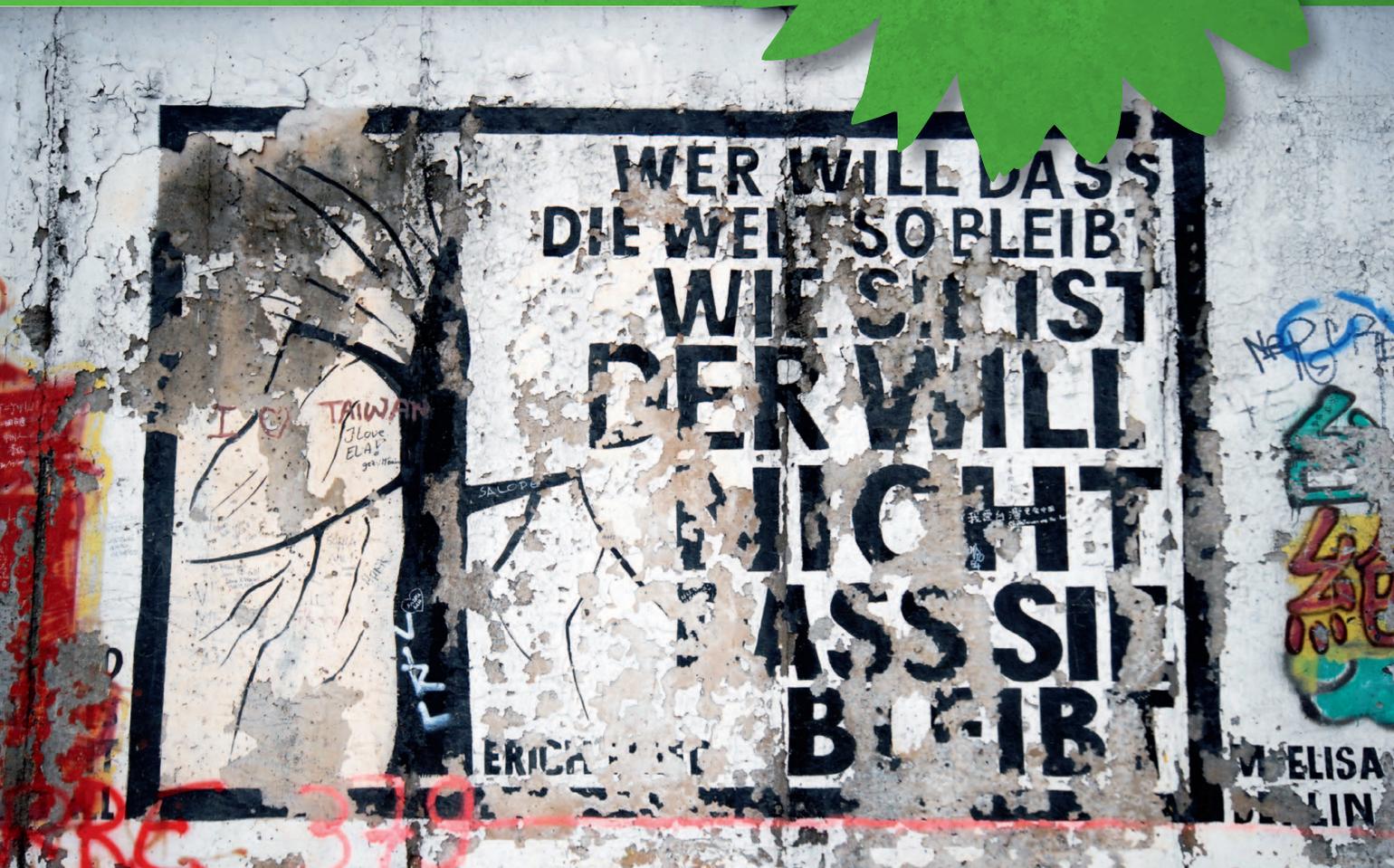


hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 03/2018



GESELLSCHAFT IST, WAS DU DRAUS MACHST



OFFENE FRAGEN

Nach dem NSU-Urteil
von München

3

OFFENE GRENZEN

Interview mit der
EU-Abgeordneten Terry Reintke

6/7

OFFENE ZUKUNFT

Nachwuchsmangel bei den
Freiwilligen Feuerwehren

8

Liebe Leserinnen und Leser,



dass sich eine Gesellschaft verändert, ist nichts Neues. Ein Wandel der Gesellschaft vollzieht sich quasi permanent – mal schneller, mal langsamer. Die Aufgabe der Politik ist es, einerseits den Wandel in den politischen Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen und darauf zu reagieren, auf der anderen Seite aber auch, positiven Wandel zu forcieren.

Ein Beispiel hierfür ist die **Landwirtschaft**. Die Menschen wollen zunehmend wissen, woher ihr Essen kommt, ob Tiere dafür leiden mussten oder gut gehalten wurden. Gleichzeitig greifen Viele dann letztlich doch lieber zum Billigschnitzel als zur Bio-Pute. Wie hier das einsetzende Umdenken der Verbraucher*innen konkret in politische Initiativen fließen kann, das erfahren Sie in dieser Ausgabe.

Die zunehmenden Spannungen innerhalb der EU und der Brexit sind außerdem Entwicklungen der letzten Jahre, die die Politik vor Herausforderungen stellen. Rechtspopulisten wenden sich gegen die Werte der EU und müssen dafür bislang keine Sanktionen fürchten. In einem großen Interview in den hinterGRÜNden sprachen wir mit der **EU-Abgeordneten Terry Reintke** über die aktuelle Lage.

Geht es um die Gesellschaft in der heutigen Zeit, so kann man die Digitalisierung nicht unerwähnt lassen. So ziemlich alle Lebensbereiche sind mittlerweile von ihr betroffen. Als Vorbildland der **Digitalisierung** in Europa gilt Estland. Warum das so ist, lesen Sie in einem Beitrag.

Eine Gesellschaft lebt von Beteiligung und Teilhabe. Ein wichtiges Element ist hier das Ehrenamt, das leider immer stärker unter dem demografischen Wandel leidet – besonders im ländlichen Raum. Zu spüren bekommt das auch die **Freiwillige Feuerwehr**. Wie man hier Nachwuchs gewinnen könnte, lesen Sie in dieser Ausgabe.

Eine Gesellschaft misst sich auch an ihrem Umgang mit anderen Geschöpfen. Gute Beispiele, wie Menschen sich um diese – nämlich hilflose Tiere – kümmern, konnten wir auf der **Tierschutz-Tour** in diesem Sommer finden.

Einen kritischen Umgang mit sich selbst, auch das erwartet man von einer Gesellschaft. Der **NSU in Thüringen** lässt bis heute viele Fragen offen, trotz des Urteils in München im Juli.

Ebenso muss man sich derzeit fragen, wie es sein kann, dass Menschen die Pflicht der **Seenotrettung** in Deutschland überhaupt infrage stellen. Unsere Haltung dazu erfahren Sie in diesen hinterGRÜNden.

Weitere Themen dieser Ausgabe sind unter anderem unsere Vorstellung einer guten **Schafhaltung**, die den Schäfer*innen ebenso nützt, wie den Tieren und der Natur, ein Kurzbericht zur **9. GrenzerFAHRung** sowie Neuigkeiten aus der **Solarenergie**.

**Ich wünsche Ihnen viel Spaß
beim Lesen unserer Fraktionszeitung!**

**Ihr Dirk Adams
Fraktionsvorsitzender**



Inhalt

Editorial	2
Digitalisierung muss den Menschen dienen	3
Rechtsstaat braucht Aufklärung	3
Und du, liebe Kuh, was sagst du dazu?	4
Mitt'n in de Welt – die 9. GrenzerFAHRUNG	5
(Auch) ein Beitrag für den Zusammenhalt der Gesellschaft: Religionsunterricht an Schulen	5
Bundesrepublik soll „sicherer Hafen“ sein	5
Die EU darf nicht wegsehen!	6/7
Stirbt die freiwillige Feuerwehr aus?	8
Der Wert unserer Gesellschaft	9
Schafhaltung braucht langfristige Perspektive	10
Termine – Rück- und Ausblick	11

DIGITALISIERUNG MUSS DEN MENSCHEN DIENEN



Estland ist ein Land voller Widersprüche. Ein Mix aus „cool“ und „gruselig“ begleitet einen, wenn man durch die Straßen von Tallin schlendert und sieht, was hier Einzigartiges geschaffen wurde. Mit dem Wirtschaftsausschuss des Thüringer Landtags bereiste Madeleine Henfling

eine Woche lang Estland und lernte die digitale Gesellschaft Estland kennen.

Estland scheint von den Rahmenbedingungen mit Thüringen vergleichbar: 1,2 Mio. Einwohner auf einer ungefähr gleichgroßen Fläche. Trotzdem läuft

das Leben in Estland ziemlich anders ab: 98 Prozent des staatlichen Verwaltungshandelns sind digitalisiert.

„Wir wollen eine Digitalisierung, die allen Menschen nützt und nicht nur wenigen zu mehr Macht verhilft.“

Als Zugang gilt die eID, ein Personalausweis mit digitaler Funktion. Das kennen wir auch schon aus Deutschland. Allerdings ist die Angebotspalette in Estland wesentlich höher: Von der Krankenkarte, über KFZ-Zulassung und dem Anwohnerparkausweis, bis zur Bibliothekskarte läuft alles über die eID-Card.

Die Reise haben wir umfänglich ausgewertet und auch konkrete Forderungen für Thüringen formuliert. Das könnt ihr gerne auf meiner Homepage nachlesen.

Zum ausführlichen Bericht

► gruenlink.de/1ha2

RECHTSSTAAT BRAUCHT AUFKLÄRUNG

Nach 5 Jahren kam das Oberlandesgericht München in diesem Sommer zu einem Urteil im NSU-Prozess. Zwar ist das Urteil noch nicht rechtskräftig, weil die Verteidigung in Revision gegangen ist, dennoch ist die Beweisaufnahme abgeschlossen.

Ist damit der NSU-Komplex aufgeklärt?

Keinesfalls! Es sind noch viele Fragen offen, die der Prozess nicht beantworten konnte: Wieso sind ausgerechnet diese zehn Menschen ermordet worden? Und welche Helferinnen und Helfer des NSU sind noch nicht identifiziert bzw. Teil weiterer Ermittlungen? Was wussten Verfassungsschutz und Behörden tatsächlich? Es scheint, dass nur die Spitze des Eisbergs im NSU-Komplex sichtbar ist.

Lückenlose Aufklärung ist notwendig

Der NSU-Komplex braucht eine lückenlose Aufklärung, denn das sind wir den Opferangehörigen schuldig. Aber auch für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt ist eine lü-

ckenlose Aufklärung von großer Bedeutung. Denn was bedeutet es, wenn eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe Hauptziel von Rechtsterrorismus wird und das Bild entsteht, dass Verbrechen unter der Aufsicht von staatlichen Behörden stattgefunden haben, aber keine vollumfängliche Aufklärung erfolgt? Was macht es mit den betroffenen Gesellschaftsgruppen? Damit steht das Vertrauen in Institutionen auf dem Spiel und somit die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats und der Demokratie.

Kein Schlusstrich!

Auf Seiten der parlamentarischen Aufklärung braucht es aus unserer Sicht in Zukunft ein parlamentarisches Format auf Bundesebene, das die Erkenntnisse der verschiedenen Untersuchungsausschüsse zusammenführt und für offen gebliebene Fragen Antworten sucht und findet. Die Aufklärung muss breiter aufgestellt werden und die unterschiedlichen Ebenen miteinander verzahnt werden. Nur so können wir den NSU-Komplex tatsächlich aufklären.

Unsere Arbeit für Aufarbeitung und Aufklärung

- NSU-Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus & Behördenhandeln“
- Enquete Kommission Rassismus & Diskriminierung
- Einrichtung eines Opferentschädigungsfonds für die Opfer und Betroffenen von Taten des NSU
- Errichtung einer Stätte der Erinnerung und Mahnung

UND DU, LIEBE KUH, WAS SAGST DU DAZU?



In vielen animistischen Religionen herrscht die „Herzin“ oder der „Herr der Tiere“ auch über die Menschen. Sie oder er bestraft den Menschen, wenn er schlecht mit seinen Mitgeschöpfen umgeht. Märchen wie „Das Waldhaus“ der Gebrüder Grimm tragen diese Moral bis in die Neuzeit und fragen: „Und du, liebe Kuh, was sagst du dazu?“.

„Und du, liebe Kuh, was sagst du dazu?“.

Fragt man eine Landwirtin oder einen Landwirt, ob sie oder er mehr Tierwohl wolle, so werden diese immer mit „ja“ antworten. Gleichzeitig werden sie aber auf die ökonomischen Zwänge hinweisen, die dies verhindern. Die aktuellen Rahmenbedingungen lassen wirtschaftliche Tierhaltung mit einem guten Gefühl also scheinbar kaum noch zu. Denn obwohl die moralische Verantwortung tief in unserer Gesellschaft, seit 2014 in unserem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag und schon seit 2002 sogar im Grundgesetz verankert ist, leiden auch in Thüringen noch immer tagtäglich Massen von Tieren. So werden Schweinen die Schwänze abgeschnitten und Truthähne lauffähig gemästet.

Anspruch und Wirklichkeit

Ein akzeptabler Deal in unserer Gesellschaft scheint derzeit noch immer zu sein: „Wenn die tierischen Produkte nur billig genug sind, dann kann ich mit dem schlechten Gewissen gegenüber den Tieren leben. Wer was anderes will muss halt Bio kaufen.“ Der Deal in der Gesellschaft muss aber mindestens so lauten: „Lasst alle Tiere ein gutes Leben führen, dann dürfen wir ihre Produkte und sie am Ende guten Gewissens essen.“

Doch solange eine Milchkuh durchschnittlich nach vier Jahren geschlachtet wird, obwohl sie eigentlich 15 Jahre lang gut Milch geben könnte, ist es mit dem Tierwohl noch nicht weit her. Dieses Spannungsverhältnis kann nicht lange gut gehen.

Die wirtschaftliche Zukunft der Thüringer Landwirtschaft hängt deshalb davon ab, ob sie sich den Anforderungen der Gesellschaft an eine ethisch vertretbare Tierhaltung stellt.

Denn nur so können tierische Produkte hergestellt werden, die auf Dauer erfolgreich sind. Ein wichtiger Schritt Anspruch und Wirklichkeit zusammenzubringen soll die im Koalitionsvertrag vereinbarte Tierwohlstrategie des Landes Thüringen sein. Seit Jahren hatten wir deshalb angemahnt, dass die zuständigen Ministerien ihre Hausaufgaben machen.

Tierwohlstrategie bringt keinen Durchbruch

Der nun vorliegende Entwurf, der in Zusammenarbeit der zuständigen Ministerien für Tiergesundheit und Landwirtschaft erarbeitet wurde, bringt etwas Bewegung, aber er ist beileibe kein Durchbruch. Was praktisch dort vollständig fehlt, sind umsetzbare Maßnahmen, vor

allem solche, die über die bereits geltenden ungenügenden gesetzlichen Vorschriften hinausgehen. Wir fordern, dies bis Ende des Jahres mit einem Aktionsplan nachzuholen, um in Thüringen endlich die aus Landesrecht heraus möglichen Maßnahmen für mehr Tiergesundheit und Tiergerechtigkeit zu realisieren. Das für die dafür aufzusetzenden Förderprogramme notwendige Geld kann im Landeshaushalt durch Umschichtung bereitgestellt werden.

Und wenn die Kuh aus Grimms Märchen endlich wieder auf der Weide grasen darf, dann wird ihre Antwort hoffentlich gut ausfallen.

Wie Landwirtschaft auch aussehen kann:
gruenlink.de/1ha2



Glückliche Kühe müssen keine Vision bleiben.

MITT'N IN DE WELT - DIE 9. GRENZERFAHRUNG



Poppau in der Altmark, so geht die Sage, sei der Mittelpunkt der Welt. Dieser, durch einen großen Stein markiert, war ein Punkt der diesjährigen GrenzerFAHRung-Radtour entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Die insgesamt schon 9. Tour der bündnisgrünen Fraktion gemeinsam mit DAKT e.V. entlang des Grünen Bandes begann mit rund 30 Teilnehmenden am Schloss

in Wolfsburg. Über den Mittellandkanal ging es nach Sachsen-Anhalt vorbei an Kanälen und Gräben zum Naturpark

Drömling, der sich gerade auf den Weg macht, ein Biosphärenreservat zu werden, wie uns der fachkundige Ranger erläuterte. Der Samstag begann in Niedersachsen, bei Brome, vorbei am Neumühler Schloss, gelangten wir via Poppau zum Ökodorf Sieben Linden. Eine Führung brachte uns unter anderem zu dem wohl ersten genehmigten Strohhallenhaus Deutschlands. Der dritte Tag führte uns von Wittingen zum Otterzentrum in Hankensbüttel. Neben den Folgen der innerdeutschen Teilung spielte am Grünen Band, das in Thüringen Naturmonument werden soll, natürlich der Naturschutz eine wesentliche Rolle.

Den ausführlichen Bericht gibt es hier:

► gruenlink.de/1hce



(Auch) ein Beitrag für den Zusammenhalt der Gesellschaft:

RELIGIONSUNTERRICHT AN SCHULEN

Die Thüringer Verfassung schreibt die Erteilung von Religionsunterricht an öffentlichen Schulen vor und zeigt damit, dass Religion ihren Platz im öffentlichen Raum hat und nicht an den Rand gedrängt wird.

Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Glaubenssätzen der jeweiligen Religionsgemeinschaft erteilt, so dass garantiert bleibt, dass eine Mehrheitsgesellschaft nicht über religiöse Minderheiten bestimmen darf, soweit deren religiöse Lehre betroffen ist. Es gibt eben keine Staatskirche oder Staatsreligion und auch keine antireligiöse Staatsweltanschauung.

Ziele des Religionsunterrichts sollen das Wissen um die eigene kulturelle und religiöse Identität sowie das Einüben interkultureller und interreligiöser Kompetenz sein. Die Dialogfähigkeit mit anderen Religionen/Konfessionen muss ebenso wie der Umgang mit Differenzen thematisiert werden. In diesem Sinne treten wir für die konsequente Weiterentwicklung des Religionsunterrichts als Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft ein.



Bundesrepublik soll „sicherer Hafen“ sein



„Die ablehnende Haltung vieler Kommunalpolitiker*innen hat uns schon enttäuscht, als es darum ging einen offenen Brief der Thüringer Flüchtlingsbeauftragten Mirjam Kruppa zu unterstützen, der die Bundeskanzlerin dazu auffordert, sich für ein deutsches Engagement bei der Seenotrettung einzusetzen“, so Astrid Rothe-Beinlich.

„Dort, wo es darum geht Haltung zu zeigen für Menschlichkeit und gegen das Sterbenlassen auf dem Mittelmeer, für ein humanitäres Engagement der Bundesrepublik als einem der reichsten Länder der EU, dürfen sich Oberbürgermeister*innen und Landrät*innen nicht für unzuständig erklären.“ Schließlich gehe es um ein Zeichen an die Bundesregierung, dass wir nicht einverstanden sind, wenn Seenotrettung behindert und kriminalisiert oder sogar verantwortlich gemacht wird für die mehr als 1.500 Toten im Mittelmeer allein in diesem Jahr, erklärt die Flüchtlingspolitikerin. „Der Bundeskanzlerin sollte klar sein, dass wir uns selbst und die Bundesregierung in der Verantwortung dafür sehen, dass nicht im Namen Europas Menschen dem Tod durch Ertrinken überlassen werden. Seenotrettung ist für uns ein Zeichen der Menschlichkeit und der Solidarität. Daher werben wir vehement für sichere Häfen und für sichere Fluchtwege. Lassen Sie uns zusammen die Seebrücke werden.“

„Seenotrettung ist Gebot der Menschlichkeit“

Terry Reintke, 31, sitzt für die Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament.

Wir haben mit ihr über die Lage in Europa, den Brexit und die Gefahren durch Rechtspopulist*innen gesprochen.



Foto:
Cornelius Gollhart

In weniger als einem Jahr tritt Großbritannien aus der Europäischen Union aus. Siehst du die EU gut vorbereitet auf den Brexit?

Terry Reintke: Das Brexit-Referendum ist schon über zwei Jahre her. Und auch der letzte Europäische Rat hat in wichtigen Fragen keine Fortschritte gebracht. Immer noch sind Fragen der zukünftigen Grenze in Nordirland, von Zöllen oder der rechtlichen Grundlage eines Abkommens über die zukünftigen Beziehungen von Großbritannien mit der EU offen. Die Zeit drängt. Wenn keine Einigung erzielt wird, sind beispielsweise auch die Rechte von EU-Bürger*innen in Großbritannien ungeklärt – und umgekehrt. So weit darf es nicht kommen. Dass wir bisher keine Ergebnisse gesehen haben, liegt allerdings nicht am Auftreten der EU, die nach wie vor geschlossen und konstruktiv auftritt.

Wie wird sich der Brexit auswirken?

T.R.: Das ist schwer vorherzusagen, weil keine einzelnen Punkte wirklich fertig ausverhandelt sind, solange nicht das gesamte Paket steht. Es wird darauf ankommen, wie die zukünftigen Beziehungen mit der EU aufgestellt sein werden. Es gibt jetzt aber schon Prognosen, dass die Wirtschaft gerade in Großbritannien leiden wird, weil der Zugang zum europäischen Markt nicht geregelt ist, und dass beispielsweise der ganze Gesundheitsbereich aufgrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels nicht mehr funktioniert. Und die EU verliert mit Großbritannien eben nicht nur einen Nettozahler im EU-Haushalt. Die EU und hier besonders Deutschland müssen ebenfalls mit großen wirtschaftlichen Einbußen rechnen. Politisch ist die Entscheidung einer knappen Mehrheit gegen eine „immer engere Union“ in einem populistisch aufgeladenen Referendum auch eine dramatische Aussage über Solidarität und Zusammenhalt. Umso mehr müssen wir denen, die für einen Verbleib gestimmt haben, weiterhin signalisieren, dass wir sie als Teil von Europa und der EU verstehen.

Hat der Brexit möglicherweise auch positive Folgen für die EU – zum Beispiel, dass die Staaten enger zusammenrücken?

T.R.: Die EU und ihre Mitgliedsstaaten treten in den Verhandlungen bislang geschlossen auf und machen einen Vorschlag nach dem anderen, wie die zukünftigen Be-

ziehungen ausgestaltet sein können. Diese Einigkeit ist in der Tat bemerkenswert. Allerdings muss man auch sagen, dass sich diese Einigkeit gerade auch der Staats- und Regierungschef*innen in anderen Politikbereichen nicht zeigt – am krassesten in der Migrationspolitik.

Interessant ist auch, dass nach dem Brexit die Zustimmungswerte zur EU gestiegen sind, auch in Großbritannien. Viele Menschen merken, wie eng wir in der EU schon zusammengewachsen sind. Es ist schade, dass es dafür den Verlust eines Mitgliedsstaates braucht. Wir sollten vielmehr in der EU so gute Politik machen, dass die EU auch als Lösung statt als Ursache von Problemen angesehen wird.

Die Kohäsionspolitik ist ein wichtiges Instrument der EU für die Modernisierung von Regionen, die in ihrer Entwicklung Nachholbedarf haben. Nun wurde vermehrt die Möglichkeit ins Spiel gebracht, in Zukunft die Mittelvergabe mit der Achtung rechtstaatlicher Prinzipien zu verknüpfen. Hältst du das für den richtigen Weg?

T.R.: Eine Aussetzung der Strukturmittel für Mitgliedsstaaten, die systematisch gegen die Grundwerte der EU verstoßen, sollte nur als ultima ratio eingesetzt werden. Wir vertreten als Grüne deswegen die Position, dass die Kommission nur dann die Verwendung von Strukturmitteln in



DIE EU DARF NICHT WEGSEHEN

einem Mitgliedsstaat genau überwachen sollte, falls das Europäische Parlament, die Kommission oder ein Drittel der Mitgliedsstaaten ernsthafte Bedenken haben, dass ein Mitgliedsstaat gegen EU-Grundwerte verstößt. In dem Fall könnten die Mittel in dem betreffenden Mitgliedsstaat direkt von der Kommission verwaltet werden. So kann die Kommission in diesem Fall dann sicherstellen, dass alle kofinanzierten Projekte uneingeschränkt mit europäischem Recht vereinbar sind. Und nur falls der betreffende Mitgliedsstaat auch weiterhin gegen EU-Werte verstoßen sollte, könnten Gelder ausgesetzt werden.

Parallel machen wir uns für einen zusätzlichen Rechtsstaatlichkeitsfonds und Mittel im EU-Haushalt stark, die gezielt die Zivilgesellschaft stärken. So stärken wir Aktiven vor Ort den Rücken und entziehen Menschen wie Orbán die Möglichkeit, ihre Arbeit zu verhindern. So können wir auch verhindern, dass das Gefühl entsteht, die EU lasse ihre Bürger*innen im Stich, wenn es darauf ankommt, ihnen ihre Rechte zu garantieren.

Die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien einzelner Mitgliedsstaaten beschäftigt die Europäische Union. Wie geht die Europäische Union mit diesen Gefahren um?

T.R.: Die beiden krassesten, aber leider nicht die einzigen Beispiele für Mitgliedsstaaten, in denen die Rechts-

staatlichkeit und europäische Werte massiv bedroht sind, sind Polen und Ungarn. In Polen sind Anfang Juli erst Richter*innen des Supreme Court durch PiS-nahe Richter*innen ersetzt worden – ein weiterer Schritt zur Gleichschaltung des Justizsystems. In Ungarn werden Aktivitäten der Zivilgesellschaft massiv beschnitten, zuletzt durch ein Gesetz, das NGOs, die Flüchtlingen helfen, mit einer Sondersteuer belegt. Hier darf die EU nicht wegsehen! Es gibt das sogenannte Artikel-7-Verfahren, mit dem die Kommission in einen Dialog mit dem Mitgliedsstaat tritt und ihn auffordert, die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen. Am Ende steht als letzte Sanktion die Möglichkeit des Stimmrechtsentzugs im Rat.

Das birgt allerdings zwei Probleme: Zum einen kommt es im Fall Ungarns erst gar nicht so weit, da die Konservativen, die CDU und die CSU, die mit Orbán in einer Parteienfamilie in Europa sind, diesen Schritt verhindern. Zum anderen braucht auch das Artikel-7-Verfahren für Sanktionen gegen Polen Einstimmigkeit im Rat, die es nicht gibt. Daher haben wir Grüne gefordert, dass die Kommission parallel ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen anstößt, um erst einmal weitere Gesetze zu stoppen, die gegen europäische Werte verstoßen. Leider hat die PiS-Regierung sich davon nicht beeindruckt lassen. Umso wichtiger ist es, die Aktivist*innen vor Ort solidarisch zu unterstützen.

Nächstes Jahr stehen wieder Europawahlen an. 2014 lag die Wahlbeteiligung leider europaweit nur bei 43% und in Deutschland bei 48%.

T.R.: Bei der nächsten Europawahl im Mai 2019 geht es um viel! Rechtspopulist*innen versuchen in ganz Europa die Errungenschaften unserer liberalen Gesellschaft zurückzudrehen und autoritäre Positionen wieder salonfähig zu machen. Konservative ermöglichen diesen Backlash mit ihrer „Weiter-so-Politik“ und ihrer Verweigerung gegenüber Reformen und mutiger Politik, die die EU handlungsfähig macht – und ihre Herausforderungen angeht.

„Gegen diesen Backlash müssen wir mit klaren Vorstellungen eines sozialeren, demokratischen, offenen und nachhaltigeren Europas antreten. Es ist wichtig, dass nicht nur die Rechten zur Wahl mobilisieren, sondern mehr denn je gerade auch progressive Kräfte.“

Wir müssen also alles geben, damit sich die Mehrheiten im nächsten Europäischen Parlament nicht nach rechts verschieben. Und weil es im Europaparlament nicht Regierungs- und Oppositionsfractionen gibt, können wir – anders als beispielsweise im Bundestag – mit einer starken Grünen Fraktion bei jedem einzelnen Gesetzgebungsverfahren viel erreichen.

Vielen Dank für das Gespräch.

STIRBT DIE FREIWILLIGE FEUERWEHR AUS?



Mehr als 30.000 Einsätze sind ein neuer Rekord, den die Thüringer Feuerwehren im Jahr 2017 bewältigen mussten. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Waldbrände werden wir wohl auch in diesem Jahr eine ähnlich hohe Zahl von Einsätzen feststellen. Gleichzeitig sinken seit Jahren die Zahlen der ehren-

amtlich tätigen Feuerwehrfrauen und -männer in den Einsatzabteilungen der Feuerwehren. Bereits jetzt klagen zahlreiche Betroffene, dass man an der Grenze zur Überlastung ist.

Das System der Freiwilligen Feuerwehren ist ein elementarer Bestandteil zur Gewährleistung der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Langfristig ist dieses System jedoch gefährdet, wenn es uns nicht gelingt, für genügend Nachwuchs bei den Feuerwehren zu sorgen.

Seit 2013 haben die Einsatzabteilungen rund 3.000 Mitglieder verloren. Das sind knapp acht Prozent der Mitglieder. „Im letzten Jahr haben wir bereits einige Maßnahmen, wie zum Beispiel die Erhöhung der Jugendleiterpauschale, eingeleitet“, erklärt Dirk Adams. „Doch das wird nicht reichen. Auch wenn es positive Zeichen gibt, wie man am relativ starken Steigen der Mitgliederzahlen bei den Jugendfeuerwehren sehen kann.“

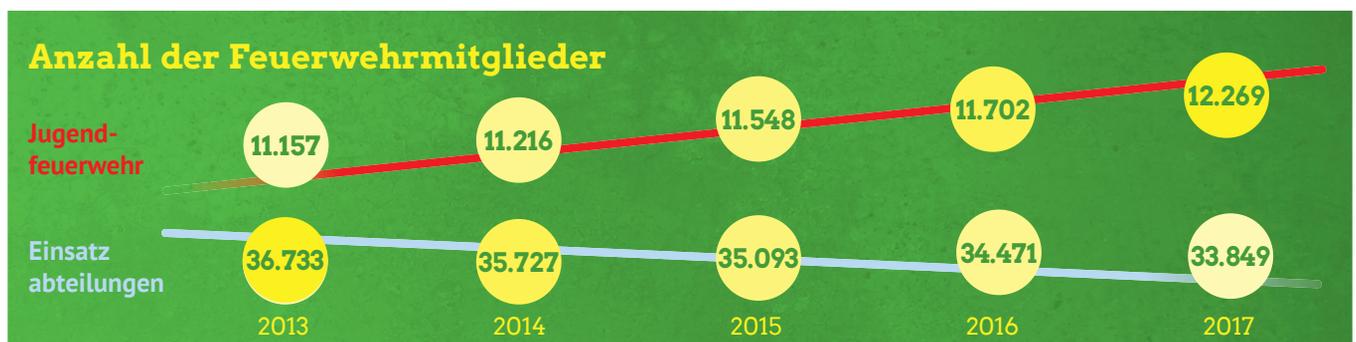
Wenn man sich die Mitgliederstruktur bei den Feuerwehren und Jugendfeuerwehren anschaut, fällt sofort ein starker Un-

terschied beim Anteil weiblicher Mitglieder auf. Während der Anteil von Mädchen und jungen Frauen bei der Jugendfeuerwehr 31 Prozent beträgt, sind es bei den Einsatzabteilungen nur noch 9,5 Prozent Frauen.

Um der Frage nachzugehen, warum dies so ist und was die Landespolitik dagegen tun kann, lud der bündnisgrüne Innenpolitiker zum Fachgespräch mit dem Titel „Stirbt die Feuerwehr aus?“ ein. Zu Gast waren die Frauensprecherin des hessischen Landesfeuerwehrverbandes, Karin Plehnert-Helmke, Prof. Dr. Thomas Ley, Leiter Fachbereich Polizei der Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung sowie Jörg Deubert, Landesjugendwart des Thüringer Feuerwehrverbands.

In dem Gespräch wurde deutlich, dass zahlreiche junge Menschen, die sich in Jugendfeuerwehren engagiert haben, der Feuerwehr letztlich oft verloren gehen, wenn sie ihre Ausbildung aufnehmen und aus dem Ort verziehen. „Hier wollen wir in der Zukunft darüber nachdenken, wie es uns gelingen kann, die Auszubildenden und Studierenden in den Ausbildungsorten für die dortigen Feuerwehren zu gewinnen“, so Dirk Adams. Jörg Deubert wies außerdem darauf hin, dass es sich als ungünstig herausgestellt hat, dass junge Feuerwehrleute, sobald sie in die Einsatzabteilungen kommen, nicht mehr gleichzeitig Mitglieder der Jugendfeuerwehren sein können und dadurch aus ihrem bisherigen sozialen Umfeld gerissen werden. So könne dann auch die Bindung an die Feuerwehr verloren gehen, erläuterte der Landesjugendwart.

Das Gespräch lieferte zahlreiche Anregungen, vor allem auch zur Ansprache von Frauen für die Feuerwehren. Daran werden wir auch in Zukunft weiterarbeiten.



Quelle: Brand- und Katastrophenschutzbericht 2017, Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales

DER WERT UNSERER GESELLSCHAFT



„Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den schwächsten ihrer Glieder verfährt.“ Dieses Zitat wird Gustav Heinemann zugeschrieben.

„Während meiner Sommertour 2018 zum Thema `Tierschutz und

Tierwohl in Thüringen´ ist mir dieser Aphorismus sehr oft in den Sinn gekommen“, so Babett Pfefferlein. „In zahlreichen Treffen bin ich Menschen begegnet, die sich hingebungsvoll und kompetent um die uns anvertrauten Geschöpfe gekümmert haben: Tiere, die uns täglich begleiten – sei es als Haustiere, als Therapiebegleiter oder Beschützer.“

Engagierte Tierschützerinnen und Tierschützer

In der Nähe von Kahla zum Beispiel traf die Tierschutzpolitikerin auf junge Leute, die sich ihren Hof mit erschöpften und gequälten Hunden teilen. Sie wurden aus dem Müll gerettet – dort entsorgt, nachdem sie ihr Leben lang als `Vermehrerinnen´ schwanger waren und viele Junge zur Welt brachten. Diese Jungen wiederum werden für wenig Geld aus dem Kofferraum heraus verkauft. „Das ist kriminell“, so Babett Pfefferlein, „aber solange es Kundinnen und Kunden für diese Tiere in Europa gibt und die Tierschützer nichts tun können, als oft unbeachtet auf diese Qual aufmerksam zu machen, solange wird es die Qualzucht geben.“

Viele Menschen kümmern sich um Tiere, täglich, oft sogar auch nachts und rund um die Uhr. In dieser Hinsicht liest sich das eingangs erwähnte Zitat für unsere Gesellschaft ja sehr positiv – wir behandeln die `schwächsten Glieder´ oft vorbildlich. Aber: wie gehen wir mit denen um, die sich um die `Schwächsten´ neben ihrem Beruf und ihrer Familie in ihrer Freizeit kümmern?

Mehr Anerkennung für das Ehrenamt

Noch immer erfährt die Anerkennung des Ehrenamtes in Thüringen nicht den Raum, die sie verdient! Für kleinste Erleichterungen – z.B. die Bewilligung von dringend nötigen Reparaturen – verschwendet sich ein Ehrenamtlicher



Babett Pfefferlein auf dem Begegnungshof Lana

oft in Zeit und Nerven. Stehen keine lang gewachsenen Netzwerke hinter den Ehrenamtlichen – im aktuellen Beispiel also hinter ehrenamtlich arbeitenden Tierschützern – braucht es oft einen sehr langen Atem und Nerven aus Stahlseilen, um endlich an dringend notwendige Mittel zu kommen.

Viele Menschen kümmern sich um Tiere, täglich, oft sogar auch nachts und rund um die Uhr.

„Ich möchte, dass wir in unserer Gesellschaft ehrenamtliches Engagement als das begreifen, was es wirklich ist: ein wichtiger, wertvoller und dringend benötigter Beitrag für unser Zusammenleben“, fordert Babett Pfefferlein.

„Ehrenamtlich Engagierte, egal in welchem Bereich, müssen sich anerkannt, wertgeschätzt und vor allem gut behandelt fühlen. Das reicht vom fachlichen Austausch auf Augenhöhe bis hin zu Unterstützungen in Verwaltungsfragen und einer Anerkennung über die obligatorischen einmal im Jahr stattfindenden Ehrenamtsbälle hinaus. Dafür werde ich mich auch weiterhin stark machen!“



Hunde auf dem Hof Lana bei Kahla

SCHAFHALTUNG BRAUCHT LANGFRISTIGE PERSPEKTIVE



Roberto Kobelt zu Besuch bei Thüringer Schäfer*innen

Für die Landschaftspflege und besonders die Erhaltung wertvoller natürlicher Lebensräume in der Offenlandschaft sind Schafe äußerst wichtig. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Bestandserhebung 2017 wurden in den landwirtschaft-

lichen Betrieben Thüringens, die über einen Bestand von mindestens 20 Schafen verfügen, 122.500 Schafe gehalten.

Schafherden – oft ergänzt durch einige Ziegen – pflegen Mager- und Trockenrasen, Wacholderheiden und Heideflächen. Der selektive Biss der Schafe führt zu einzigartigen Pflanzengesellschaften. Auf dem Schaftrieb werden Samen transportiert und damit getrennte Biotope vernetzt. Damit sind Schafweiden gleichzeitig Rückzugsgebiete für Insekten, Vögel und Kleinsäuger.

„Ich bin deshalb sehr froh, dass Thüringen mit einer tierbezogenen Prämie für Schafe und Ziegen („SchaZie-Prämie“) ab dem 01.01.2019 neue Wege gehen wird. Die Tierbestände müssen stabilisiert und die Arbeit von Schäferinnen und Schäfern besser honoriert werden. Mit einer langfristigen Perspektive in der Landschafts- und Biotoppflege können diese Ziele erreicht werden“, erklärt Roberto Kobelt.

„Der Umgang mit dem Wolf stellt die ‚Zunft‘ zudem vor neue Herausforderungen beim Herdenschutz“, hat Roberto Kobelt bei Betriebsbesuchen festgestellt. „Die im Mai 2018 eingerichtete Fachberatungsstelle in Suhl-Albrechts sollte hier den Weg bereiten, um Herdenschutzhunde in Thüringer Schafherden flächendeckend zu integrieren und den Gefahren zu begegnen.“

Wichtiger Baustein gegen den Klimawandel

Die Sonnenenergie hat in Thüringen großes Potenzial. „Solar ist neben Wind das wichtigste Zugpferd auf dem Weg zu 100 Prozent erneuerbaren Energien. Es ist deshalb wichtig, dass der Freistaat den Ausbau der Solarenergie mit wichtigen Maßnahmen wie dem Solarrechner und dem Förderprogramm ‚SolarInvest‘ gut flankiert. Das macht nicht nur unabhängig von Energieimporten sondern ist ein wichtiger Baustein im Kampf gegen den Klimawandel“, erklärt Roberto Kobelt.

In Thüringen sind aktuell 17.475

Photovoltaik-Anlagen am Netz. Sie erzeugen elf Prozent (1.169 GWh) des Thüringer Stromverbrauchs. Das entspricht dem Verbrauch von knapp 300.000 Vier-Personen-Haushalten. „Auf dem Weg in die solare Zukunft ist es besonders wichtig neben den privaten Eigenheimbesitzer*innen auch Mieter*innen vor allem aber auch den kommunalen Energieversorgern gute Bedingungen zu bieten. Gerade mit der solarInvest-Förderung von 25 Prozent für Solaranlage und Speicher setzt Thüringen bundesweit Maßstäbe und unterstützt damit Private ebenso

wie kommunale Unternehmen. Energiegenossenschaften werden sogar bis zu 50 Prozent gefördert.

Die Fraktion wirbt deshalb ganz vehement bei kommunalen Wohnungsbauunternehmen dafür, für ihre Mieter*innen eine Vorreiterrolle zu übernehmen und dabei auch mit bürgerschaftlich organisierten Energiegenossenschaften zusammenzuarbeiten. Das Zauberwort heißt „Mieterstrom“, von dem die Bewohner*innen großer Mehrfamilienhäuser profitieren, wenn sie den selbsterzeugten Strom von ihrem Hausdach direkt nutzen können. „Für mich ist das eine weitere Demokratisierung der Energiewende und trägt zu einer stärkeren Akzeptanz bei. Vor allem dann, wenn der Strom dann auch noch etwas günstiger ist“, so Roberto Kobelt.

RÜCK- UND AUSBLICK



Alle Termine und Infos gibt es auch auf der Internetseite der Fraktion:

► gruenlink.de/gch



Foto:
Andreas
Hundertmark

Hier waren Deutschland und Europa bis zum 6. Januar 1990 um 9:30 Uhr geteilt.

9. Juni und 25. August 2018: Fraktion unterstützt Bündnisse gegen Rechtsrockkonzerte

Am 9. Juni fand im südthüringischen Themar erneut ein großes Rechtsrock-Festival mit 3.000 Teilnehmern statt. Auch in diesem Jahr unterstützte die Fraktion vor Ort das Bündnis und machte sich auf dem Festivalgelände selbst ein Bild von der Lage. Ein weiteres Konzert am 25. August wurde kurzfristig wegen unklarer Eigentumsverhältnisse des Grundstücks abgesagt. Dennoch machte die Fraktion mit ihrer Unterstützung auch dort deutlich, dass es keinen Platz für Neonazis in Thüringen gibt.

17. bis 19. August 2018: 9. GrenzerFAHRung

In diesem Jahr führte die mittlerweile 9. GrenzerFAHRung, die gemeinsam von der bündnisgrünen Fraktion und DAKT e.V. organisiert wird, nach Niedersachsen und Sachsen-Anhalt entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Neben viel Natur und Geschichte konnten sich die Teilnehmer*innen auch über die touristischen Potenziale der Region informieren.

26. Oktober 2018: Digi-Barcamp

Die Fraktion lädt zum Digitalisierungs-Barcamp nach Erfurt. Ziel des Barcamps sollen die Vernetzung interessierter, engagierter Netzaktivist*innen und Entscheidungsträger*innen sowie ein intensiver Austausch zu selbstgewählten Themen aus dem Bereich Netzpolitik sein.

DIE ABGEORDNETEN DER FRAKTION



Dirk Adams

Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Innenpolitik und Kommunales

Telefon: 0361/37-72660

E-Mail: dirk.adams@gruene-thl.de



Roberto Kobelt

Sprecher für Bau, Energie, Landesplanung, Naturschutz, Sport, Umwelt, Wohnen, Verkehr und Forsten

Telefon: 0361/37-72692

E-Mail: roberto.kobelt@gruene-thl.de



Astrid Rothe-Beinlich

Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Bildung, Jugend, Justiz, Migration, Flüchtlinge, Religion, Rassismus und Aufarbeitung
Mitglied im U-Ausschuss 6/3

Telefon: 0361/37-72663

E-Mail: astrid@rothe-beinlich.de



Babett Pfefferlein

Sprecherin für Arbeit, Familie, Frauen, Gesundheit, Gleichstellung, Petitionen, Soziales und Verbraucherschutz

Mitglied der Strafvollzugskommission

Telefon: 0361/37-72681

E-Mail: babett.pfefferlein@gruene-thl.de



Olaf Müller

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Haushalt und Finanzen, Landwirtschaft, Tourismus und Wirtschaft

Telefon: 0361/37-72674

E-Mail: olaf.mueller@gruene-thl.de



Madeleine Henfling

Stv. Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Wissenschaft, Kultur, Medien, Netzpolitik, Datenschutz, Europa u. Strategien gegen Rechtsextremismus
Mitglied im U-Ausschuss 6/1 („NSU“) und Vorsitzende des U-Ausschusses 6/2 („Aktenlager Immelborn“)
Mitglied der Enquete-Kommission „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen“

Telefon: 0361/37-72675

E-Mail: madeleine.henfling@gruene-thl.de

Besuchen Sie uns auch im Social Web!



www.facebook.com/gruenethl

www.twitter.com/gruenethl

www.youtube.com/gruenethl

DIE MITARBEITERIN NEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Julia Ströbel

Fraktionsgeschäftsführerin

Telefon: 0361/37-72669

E-Mail: julia.stroebel@gruene-thl.de



Ines Birkmann

Referentin der Fraktion

Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: ines.birkmann@gruene-thl.de



Beate Blumenstein

Referentin des Fraktionsvorsitzenden

Telefon: 0361/37-72660

E-Mail: beate.blumenstein@gruene-thl.de



Beatrice Sauerbrey

Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung, Referentin für Europapolitik; Begleitung des Untersuchungsausschusses 6/2 („Aktenlager Immelborn“)

Telefon: 0361/37-72676

E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-thl.de

Pressestelle



Sebastian Arnold

*Presse- und Kommunikationsverantwortlicher
Pressesprecher*

Telefon: 0361/37-72666

E-Mail: sebastian.arnold@gruene-thl.de



Christian Herrmann

Referent für Veranstaltungsmanagement

Telefon: 0361/37-72654

E-Mail: christian.herrmann@gruene-thl.de



Mona Walter

*Stellvertretende Pressesprecherin, Referentin für
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

Telefon: 0361/37-72690

E-Mail: mona.walter@gruene-thl.de

Impressum hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: info@gruene-thl.de

Internet: www.gruene-thl.de

V.i.S.d.P.: Sebastian Arnold

Druckunterlagenschluss: August 2018

Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt

Titelfoto: Carsten Medom Madsen

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datenschutz@gruene-thl.de

Weitere Informationen zur Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag finden Sie in unserer aktuellen Fraktionsbroschüre: <http://gruenlink.de/19r6>

Parlamentarische Beratung



Tamer Düzyol

*Referent für die Begleitung
des NSU-Untersuchungsausschusses*

Telefon: 0361/37-72682

E-Mail: tamer.duezyol@gruene-thl.de



Christian Foß

*Referent für Kultur, Medien, Wissenschaft, Digitale Gesellschaft
und Datenschutz, für die Begleitung des UA 6/2 („Aktenlager Immelborn“)*

Telefon: 0361/37-72689

E-Mail: christian.foss@gruene-thl.de



Tino Gaßmann

*Referent für Bildung, Jugend, Religion, Aufarbeitung,
Asyl- und Migrationspolitik*

Telefon: 0361/37-72683

E-Mail: tino.gassmann@gruene-thl.de



Michael Kost

Justiziar und Referent für Justizpolitik

Telefon: 0361/37-72667

E-Mail: michael.kost@gruene-thl.de



Tobias Lange

Referent für Grundsatzfragen, Innenpolitik und Kommunales

Telefon: 0361/37-72680

E-Mail: tobias.lange@gruene-thl.de



Gabriele Sondermann

*Referentin für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz,
Ernährung, Arbeit, Gleichstellung und Petitionen*

Telefon: 0361/37-72693

E-Mail: gabriele.sondermann@gruene-thl.de



Ralf Martin

*Referent für die Begleitung der Enquete 6/1 Rassismus, Stv.
Referent für die Begleitung des UA 6/2 („Aktenlager Immelborn“)*

Telefon: 0361/37-72679

E-Mail: ralf.martin@gruene-thl.de



Sybille Mattfeldt-Kloth

*Referentin für Begleitung des Untersuchungsausschusses 6/3
 („Möglicher Amtsmissbrauch“)*

Telefon: 0361/37-72677

E-Mail: sybille.mattfeldt-kloth@gruene-thl.de



Jan Richter

*Referent für Finanzen, Haushalt,
Wirtschaft und Tourismus*

Telefon: 0361/37-72678

E-Mail: jan.richter@gruene-thl.de



Matthias Schlegel

*Referent für Bau, Landesplanung, Verkehr, Wohnen,
Landwirtschaft, Forsten und Gentechnik*

Telefon: 0361/37-72691

E-Mail: matthias.schlegel@gruene-thl.de



Norbert Sondermann

*Referent für Energie, Klima,
Umwelt, Naturschutz und Sport*

Telefon: 0361/37-72692

E-Mail: norbert.sondermann@gruene-thl.de